



An alle Kolleginnen und Kollegen
der niedersächsischen Schulen

Hannover, 28. Januar 2009

**Aufruf zur Teilnahme am gemeinsamen Streik- und Aktionstag von
GEW, ver.di, GdP und der Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes
am 3. Februar 2009 in Hannover**

- **Arbeitgeber weigern sich, in der 2. Verhandlung der Tarif- und Besoldungsrunde ein Angebot vorzulegen**
- **Kultusministerium legt alle Anträge auf Teilzeit auf Eis**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zwei Themen sind es, die uns veranlassen, Euch / Sie auf die gemeinsame Demonstration aller Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes anzusprechen:

1. Die Arbeitgeber der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) haben unter der Führung des niedersächsischen Finanzministers Möllring am 26. Januar bei der zweiten Verhandlung in der Tarif- und Besoldungsrunde abgelehnt, überhaupt ein Angebot vorzulegen.

Möllring hat die Forderung nach einer Erhöhung der Gehälter um 8% als „überzogen und unbezahlbar“ zurückgewiesen. Damit verweigern die Arbeitgeber den Beschäftigten der Länder die gleiche Behandlung mit den Bediensteten der Kommunen und des Bundes. Dieser Tarif wurde um 8,9% erhöht.

Wer kein Angebot vorlegt, will nicht ernsthaft verhandeln, will keine Einigung. Er muss dazu gezwungen werden.

2. Das Kultusministerium hat die Teilzeitanträge von 20.996 Lehrkräften „auf Eis gelegt“. Welche Anträge das MK überhaupt noch zu genehmigen gedenkt, steht in den Sternen.

Es ist seit langem bekannt, dass zur Rückgabe des Lehrerarbeitszeitkontos im Jahr 2009 zwischen 1.000 und 1.500 zusätzliche Stellen gebraucht werden. Diese Zahlen kennen die Fachbeamten im Ministerium. Die GEW hat diese Rechnung im letzten Mai präsentiert. 14.000 Kolleginnen haben nunmehr einen Antrag auf Rückgabe gestellt. Dies entspricht 1.077 Stellen. Die Regierung hat wider besseres Wissen nur 250 zusätzliche Stellen für 2009 geschaffen. Und jetzt überlegt das MK, wie sich aus den Beschäftigten mehr Arbeitsvolumen pressen lässt.

Wir warnen davor, erneut Hand an die Bedingungen des Arbeitszeitkontos zu legen. Jetzt helfen nur noch massive gemeinsame Proteste aus den Schulen wie im Mai 2008!

Die Kreisverbände der GEW organisieren die Anfahrt zur Demonstration am 3. Februar in Hannover für alle interessierten Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei beiden Themen geht es um zwei Seiten derselben Medaille: die chronische Unterfinanzierung des öffentlichen Bildungswesens.

Wir müssen unsere Bezahlung verbessern, um nach Jahren wieder einen Inflationsausgleich zu erreichen und um den Anschluss an die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes zu halten. Das muss zuerst im Tarifvertrag gelingen, den die Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitsgebern aushandeln. Dieses Ergebnis muss anschließend auf die Beamten übertragen werden. Das gilt auch für das im Tarifvertrag verankerte Weihnachtsgeld.

Wir müssen unseren Beruf für den Nachwuchs attraktiv machen. Ohne bessere Einkommen für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte gelingt das aber nicht.

- **8% mehr, mindestens 200 €**
- **Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten!**
- **Anhebung der Referendarbezüge auf 1.600 €**

Die GEW verhandelt zugleich über die Verbesserung der Eingruppierung und Einstufung von Lehrkräften. Die Arbeitgeber behaupten weiterhin wider besseres Wissen, dass es keinerlei Probleme bei der Gewinnung junger Lehrkräfte gibt. Sie ignorieren die mangelhafte Personalausstattung in den Schulen. Die GEW hat den Ländern in der gestrigen Verhandlungsrunde hierzu die aktuellen Zahlen aus jedem Bundesland präsentiert und die Behauptungen der Arbeitgeber deutlich widerlegt.

Die genaue Begründung können Sie / könnt ihr dem Tariftelogramm des GEW-Hauptvorstandes entnehmen, das auf unserer Homepage www.gew-nds.de/tarifrunde einzusehen ist.

Die mangelhafte Ausstattung mit Lehrerstellen ist auch die Ursache für die neue Hektik an der Spitze des MK, für den Versuch, über die Verweigerung der Teilzeitanträge an mehr Arbeitsvolumen zu kommen.

Insgesamt arbeiten fast 20.000 Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit. Das ist jede/r vierte der im niedersächsischen Schuldienst Beschäftigten. Die meisten dieser Kolleginnen und Kollegen beantragen Teilzeitarbeit, weil sie darin die einzige Möglichkeit sehen, ihre Arbeit in der Schule gut zu erledigen und eine Überlastung zu vermeiden. Ohne Teilzeit würden mit Sicherheit die Krankenrate und die Zahl der Frühpensionierungen deutlich höher liegen. Der hohe Anteil von freiwillig in Teilzeit arbeitenden Lehrkräften signalisiert zudem, dass die Arbeitszeit zu lang und die Arbeitsbelastung zu hoch ist.

Die GEW fordert die Landesregierung auf:

- sofort alle Teilzeitanträge zu genehmigen
- sofort in einem Nachtragshaushalt die erforderlichen Stellen zum Ausgleich des Arbeitszeitkontos bereitzustellen
- sofort die Referendarbezüge und die Zahl der Referendarplätze zu erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nehmt die Möglichkeit für gemeinsames solidarisches Handeln wahr. Kommt am 3. Februar nach Hannover!

Mit freundlichen Grüßen

Eberhard Brandt